KÖLNLIBERAL

FDP

ZEITSCHRIFT FÜR FREIE DEMOKRATEN IN KÖLN

AUSGABE 01/2009

Weichen für KölnWahl gestellt

Überwältigendes Votum für Ralph Sterck

Ralph Sterck, MdR

Klarer kann ein Votum fast nicht ausfallen. Von 104 Mitgliedern wählten 102 Ralph Sterck zum Oberbürgermeisterkandidaten der FDP für die KölnWahl 2009. „Köln kann mehr!“ lautet der Leitsatz, mit dem Sterck und die FDP in das Megawahljahr 2009 ziehen. In seiner Rede betonte Sterck die Stärken Kölns und der liberalen Arbeit, ohne dabei auf Seitenhiebe gegen den politischen Gegner zu verzichten. Deutlich machte Sterck auch, warum die FDP mit einem eigenen Kandidaten antritt und forderte die CDU auf, ihre „Hausaufgaben“ zu machen, um die Basis für eine bürgerlich–liberale Politik in Köln zu bereiten.

„Köln kann mehr“

Emotional ging der FDP-Kreisparteitag im Kölner Renaissance Hotel los. In einem Film zeigte die FDP ihre Sicht auf Köln und seine Stärken. Schlagwortartig wurden Begriffe wie „Gut leben. Gut Arbeiten. Liberal.“ eingeblendet, untermalt von Bildern vom Weltjugendtag und Karneval.

Hart ins Gericht ging Sterck mit dem Kernbündnis, das er als Rot-Grün-Dunkelrot bezeichnete und dem er vorwarf, sich schon lange vor Ypsilanti in Hessen von der Linkspartei tolerieren zu lassen und im Rat politisch wichtige Entscheidungen auszubremsen. Auch kaum ein gutes Haar ließ er am amtierenden Oberbürgermeister Fritz Schramma.

Viel Licht oder doch mehr Schatten? Seite 2

„Traue nie einer Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast“, war der Satz, mit dem meine Statistikprofessorin an der Universität die erste Vorlesung begonnen hat. Doch trotzdem vertrauen wir auf die Zahlen, machen Entscheidungen davon abhängig oder es gehen Existenzen daran zu Grunde. In einem Gastbeitrag gibt Dr. Klaus Wieners Anregungen zum vernünftigen Umgang mit den Ergebnissen der verschiedensten Erhebungen.

FDP? Klar bin ich dabei! Seite 3

Eine Grüne dazu zu bewegen, in die FDP einzutreten, ist fast so unwahrscheinlich, wie Weihnachten und Ostern an einem Tag zu feiern. Doch Sabine Schmitz hat diesen Schritt getan. Wieso sie nicht mit den Gutmenschen, die am Ende doch nur ihr Eigenwohl im Kopf haben, mit Prinzipienreitern, die erfolgslose Konzepte weiter betreiben, oder mit Parteikarrieristen auf einer Wellenlänge schwebt, schreibt sie in ihrem ersten Beitrag für die Kölner Liberalen.

IKEA Nr. 2 ist da Seite 5

Nicht nur neue Einkaufsmöglichkeiten bringt der schwedische Möbelriese in den Kölner Nord-Westen, er sorgt auch dafür, dass der Verkehr besser fließt. Zahlreiche Forderungen aus dem vergangenen Kommunalwahlprogramm der FDP wurden durch die Ansiedlung von IKEA in Ossendorf endlich umgesetzt. Verkehrsexpertin Christtraut Kirchmeyer berichtet über die Umsetzung.

Kein Lärm um viel Seite 8

Lärm und Baustellen an allen Orten, doch niemand weiß wirklich, wieso denn da der Lärm überhaupt ist. Mit der Initiative „Köln baut“ will die FDP-Ratsfraktion die Kölner Bürgerinnen und Bürger über die Veränderungen in ihrer Stadt informieren. Leider ohne die Stadt Köln, denn CDU, SPD und Grüne machen lieber nicht so viel Lärm um den Lärm.

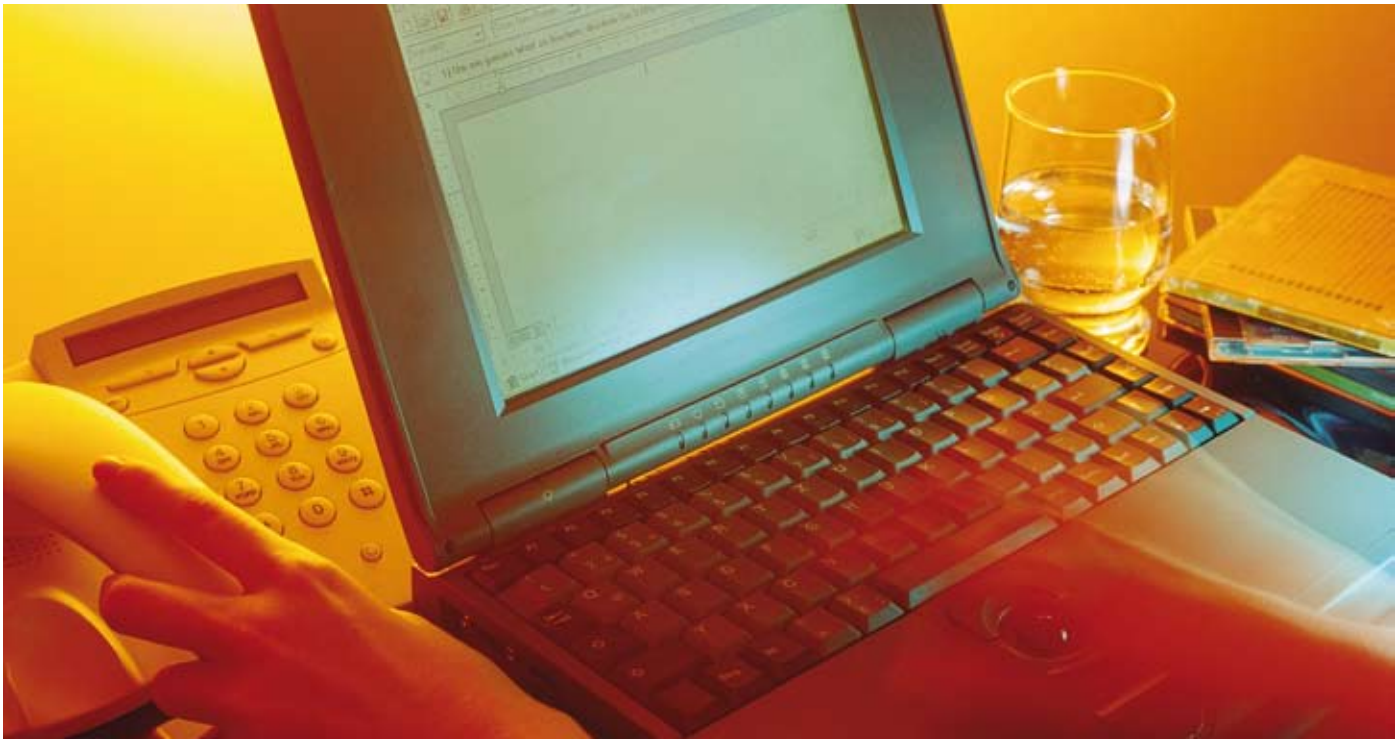
Liebe Leserinnen und Leser,

kennen sie die Farbenlehre nach Goethe? Nein? Dann habe ich den ultimativen Tipp für Sie: Die Schultoiletten des Heinrich-Mann-Gymnasiums in Volkhoven-Weiler. Seit den Sommerferien erstrahlen dort die Damentoiletten in violett, knallgelb und weiß mit einem roten Fußboden. Das Stille Örtchen für die Männer können Sie in giftgrün, gelb und orange ebenfalls mit rotem Boden bewundern. Ein Beitrag der Stadt Köln zur FDP-Initiative zur Sanierung der Schultoiletten. Sind dies die Farbenspiele, wie sie sich die Stadt Köln vorstellt?

Ganz klar: Der Kölner Rat wird auch in der nächsten Legislatur-Periode viele Farben haben. Von rechts-außen „Pro-Köln“ bis zu den Post-Kommunisten „Die Linke“ wird das ganze Farbspektrum abgedeckt sein. Fraglich ist nur noch, welche Zwischen- und Mischfarben in welcher Leuchtkraft vertreten sein werden. Einige Farben, die es 2004 noch gab, haben sich mit anderen vermischt, andere haben an Leuchtkraft verloren, andere sind heller geworden und haben Fraktionsstatus erreicht.

Gelb gilt nicht ohne Grund als die hellste Farbe, ist sie doch die Farbe der Sonne. Sie steht für Optimismus, Lebensfreude, Freundlichkeit und Wärme. Dinge, für die der Kölner steht, aber an denen es der Stadtverwaltung noch mangelt. Deshalb muss unser Ziel für die KölnWahl im Jahr 2009 sein, den gelben Stern noch stärker strahlen zu lassen. Denn Optimismus, Lebensfreude, Freundlichkeit und Wärme sagen es schon: Köln kann mehr.

Anselm Riddermann
Pressesprecher der FDP-Köln



Viel Licht, aber auch viel Schatten in der Statistik

Fast täglich werden die Bundesbürger von erschreckenden Daten überrascht: Mal wird ihnen berichtet, dass 15 % unserer Kinder in Armut leben, mal wird über den Rückgang des realen Einkommens in weiten Teilen der Bevölkerung informiert; dann wieder sind es besorgniserregende Statistiken über die Kriminalität insbesondere der Jugendlichen, auffällig oft mit einem Migrationshintergrund.

Alles richtig, aber auch alles, oder jedenfalls das meiste, ein bisschen falsch: So basieren zum Beispiel die kürzlich heiß diskutierten Daten über die Armut breiter Schichten der Bevölkerung auf den Statistiken des Jahres 2005 und blenden damit die beiden letzten wirtschaftlich ermutigenden Jahre mit starkem Rückgang der Arbeitslosigkeit völlig aus. Oder die internationalen Vergleiche des Armutsbegriffs: In Luxemburg gilt man bereits bei einem Nettoeinkommen von 17.000 Euro pro Jahr als arm, bei uns bei 9.400 Euro. Der Grund liegt in der unterschiedlichen Höhe des Durchschnittseinkommens beider Länder und nicht in einem vernünftig definierten Armutsbegriff.

Aber ganz abgesehen von solchen zeitlichen Verzerrungen und internationalen Unterschieden werden in solchen Statistiken viele Dinge ausgeblendet, die für die tatsächlichen Lebensverhältnisse häufig eine ganz wesentliche Rolle spielen: So berichten uns die Fachleute, dass jährlich für rd. 370 Mrd. Euro Schwarzarbeit bei uns geleistet wird. Auch wenn diese Zahlen vermutlich eine massive Überschätzung der tatsächlichen Größen darstellen (vgl. dazu z.B. die Veröffentlichungen von Prof. Gerhard Graf, u.a. im „List-Forum“ 2/2007), so kann man doch guten Gewissens davon ausgehen, dass ein hoher zweistelliger oder gar ein dreistelliger Milliarden-Betrag jährlich in die Taschen der so genannten (wirtschaftlichen)Unterschichten fließt und dort häufig die verfügbaren Einkommen nennenswert erhöht, ohne dass die offiziellen Statistiken davon auch nur einen Cent erfassen können.

Auch die zig-Milliarden, die jährlich aus den Taschen von Eltern oder Großeltern in die Taschen einkommensschwacher Haushalte fließen, bleiben natürlich statistisch ausgeblendet, haben aber sehr wohl einen erheblichen positiven Einfluss auf viele – statistisch als arm ausgewiesene – Haushalte.

Und wenn Kinder ohne Frühstück zur Schule geschickt werden oder ihnen jede Teilnahme an vernünftigen jugendlichen Freizeitvergnügungen vorenthalten werden, dann muss man sich auch mal fragen, was hier schiefläuft – und warum. Jedenfalls hat der Berliner Finanzsenator Sarrazin (ein durchaus unabhängiger Kopf aus der SPD) auf Heller und Cent ausrechnen lassen, dass bei verantwortungsvoller Haushaltsführung es sich auch mit einem „Armen-Budget“ durchaus leben lässt.

Oder – um auch das andere oben erwähnte Problemfeld, nämlich den statistischen Ausweis der Kriminalität anzuführen: Es werden die statistischen Erfassungsmethoden so oft geändert, dass Veränderungen bei der erfassten Kriminalität wenig tatsächliche Aussagekraft besitzen. Ganz abgesehen von den hohen Dunkelziffern auf diesem Feld einerseits und andererseits von dem Umstand, dass es für den Betroffenen kaum einen Unterschied macht, ob ihm zwei oder drei kräftige Dreizehnjährige einen über den Schädel hauen (aber aus rechtlichen Gründen nicht in der entsprechenden Statistik erscheinen) oder ob es sich dabei um Sechzehnjährige handelt.

Schlimmer als die sachlich oft verzerrenden oder missverständlichen Daten ist ihre politische Wirkung: Da die meisten dieser Verzerrungen und Fehlinformationen statistisch zu Lasten der ärmeren und unterprivilegierten Schichten gehen, tragen sie einen ganz gefährlichen Zündstoff in sich, der nicht nur den extremen politischen Kräften (links- oder rechtsaußen) Schubkraft verleiht, sondern gleichzeitig die Kräfte in der Mitte unseres politischen Spektrums in ihrer Handlungsfähigkeit einengt, wenn auch oft mehr aus Angst um Stimmenverluste als aus sachlicher Überzeugung.

Nahezu für alle wirtschaftlichen und sozialen Fragen gibt es zahllose Expertengremien, Rechnungshöfe oder auch unabhängige kritische Geister. Mit dem, was falsche oder fehldeutbare Statistiken politisch anrichten können, damit befasst sich leider niemand in diesem unserem Lande …

✎_**Dr. Klaus Wieners**

Welche Partei passt zu mir?

Wer die Wahl hat, hat bekanntlich die Qual. Das gilt für alle Bereiche des Lebens. In der Politik denkt jeder beim Stichwort „Wahl“ sicher zunächst an die Wahlen der Volksvertreter. Deren Amtszeit ist befristet und daher überschaubar. Anders sieht es aus, wenn man sich Gedanken über die Mitgliedschaft in einer Partei macht, so wie ich. Aus der kann man zwar auch wieder austreten, aber eine Wanderung quer durch die deutsche Parteienlandschaft mit Mitgliedschaften hier und dort wäre nicht sehr glaubwürdig. Außerdem würde sich auch schnell die Sinnfrage stellen. Warum sollte das jemand machen?

Als über dreißigjährige, hoffentlich mündige Bürgerin der Bundesrepublik und Lehrerin unter anderem für Politik kam bei mir irgendwann der Wunsch auf, politisch Farbe zu bekennen. Nur welche sollte es sein? Die Farbe Rot habe ich von vorn herein kategorisch ausgeschlossen. Ich habe noch nie einen Sozi getroffen, der nach meiner Definition auch wirklich einer war (und ich habe im Laufe der Jahre einige Sozis getroffen) und ich rechne mittlerweile auch nicht mehr damit. Aber vielleicht passiert es ja doch noch, es würde mich freuen. Sozis sind Gutmenschen. Man kann aus Sicht eines Sozis nur dann ein guter Mensch sein, wenn man mindestens in der SPD ist. Alle Sozis, die ich getroffen habe, haben sich aber irgendwie nie so verhalten, wie ich es erwartet hätte. Es war nie so, dass sie das Wohl „der anderen“ über ihr eigenes gestellt hätten. Meine Erfahrung war eher die, dass Sozis genau so gern Geld – für sich - ausgeben wie alle anderen - nur dass es eben in der Regel nicht ihr eigenes Geld ist, sondern aus anderen – allgemeinen – Töpfen stammt. Sehr sozial.

Eine zeitlang fand ich dann, dass mir Schwarz gut stehen würde. Aber die Mitglieder dieser Partei, die ich näher kennen gelernt habe, ließen bei mir Zweifel daran aufkommen, ob ich in dieser Gruppe je wirklich ankommen würde. Die Buchstaben – CDU – stehen eigentlich ja für christliche Werte. Für mich war das mit der Ellenbogenmentalität vieler Mitglieder dieser Partei, die ich kennen gelernt habe, nicht zu vereinbaren. Die Partei schien mir für sie hier eher Vehikel für die Karriere zu sein. Außerdem war mir diese Partei zu groß, zu schwerfällig und die Strukturen zu starr. Also war Schwarz auch aus dem Rennen. Die Parteien am äußersten rechten und äußersten linken Rand des Spektrums kamen für mich grundsätzlich nicht in Frage. Blieben noch zwei und die Wahl fiel auf Grün.

Ich nahm in Ehrenfeld an meinem ersten Treffen der Partei teil, man wollte neue Mitglieder werben. Ein in diesen Dingen erfahrenes Parteimitglied, extra von außerhalb zugereist, stellte das Konzept für diese Kampagne vor. Über mehrere Wochen, so der langjährige Grüne, wolle man auf der Venloer Straße ganztätig einen Stand besetzen und Passanten ansprechen. Dieses Konzept habe man schon mehrfach mit dem Ziel, Mitglieder zu werben, ausprobiert und noch nie sei es zu einem signifikanten Mitgliederanstieg gekommen. Wer denn bitte Standdienst machen wolle? Hier sei die Liste.

Ich dachte nur: „Wie bitte?! Die Maßnahme hat noch nie Erfolg gehabt und soll jetzt schon wieder durchgeführt werden?“ In der Wirtschaft – auch in der modernen Schule! – würde kein Mensch ein Konzept, das nicht funktioniert, ständig wiederholen. Wo ist da der Sinn? Kaum in die Partei eingetreten, hatte ich also schon meine ersten Zweifel. Standdienst habe ich aber trotzdem gemacht. Ich habe schließlich dieser Partei nach einem Jahr den Rücken gekehrt. Momentan parteilos, mache ich mir jetzt Gedanken über eine Mitgliedschaft bei den Liberalen. Ich hoffe, dort auf Menschen zu treffen, die weder den Einfluss der Partei als Karrierevorteil sehen, noch öffentliche Mittel einfordern, die sie dann für sich selbst verwenden.

✎ **Sabine Schmitz**
Lehrerin für Englisch
und Sozialwissenschaften

Ein Imi und sein erster Maibaum

Als Imi wird man hier in Köln bezeichnet, wenn man nicht hier geboren worden ist oder zumindest seit Jahren und Jahrzehnten in Köln wohnt, mit der Kölner Kultur verwachsen ist und sich somit zu den Ureinwohnern zählen darf. So wurde es mir zumindest erklärt und deswegen lasse ich mich bereitwillig seit gut einem Jahr einen Imi nennen.

Scheinbar braucht der Urkölner eine gewisse Abgrenzung. Als Ostwestfale muss ich zugeben, dass der Rheinländer und gerade der Kölner schon etwas unterschiedlicher ist. Jeder ist eben etwas anders.

Es begegnen einem aber in der Metropole Nordrhein-Westfalens Bräuche, wie sie einem vielleicht gerade einmal aus kleinen Dörfern im tiefsten Süddeutschland bekannt sind. So gibt es hier die Veedelszüge, den bunten und ausgelassenen Karneval, Hahnenköppen und ein Gebräu Namens Kölsch.

Da stellt sich einem die Frage, wer denn diese anscheinend so fröhlichen Rheinländer sind und was macht eigentlich den Kölner aus? Als Frohnatur ist der Kölner anscheinend forsch und offen heraus, er klüngelt gern, ist ein bisschen eigen, aber doch offenherzig. Was der Kölner anpackt, wird auch umgesetzt, auch wenn es mal etwas länger dauern kann. Dies liegt aber möglicherweise daran, dass es nirgends so viele Feiertage gibt wie im Rheinland. Köln ist eine weltoffene, humorvolle und liberale Stadt mit Tradition.

Das gefällt selbst einem typischen Ostwestfallen. Wie herzlich man in Köln aufgenommen werden kann und dass das manchmal schneller gehen kann als gedacht, wurde mir Anfang Mai gezeigt, genauer am 1. Mai.

Es war eine lange Nacht, viele Wirte hatten meine Freunde und mich zu Gesicht bekommen, viel Kölsch hatten wir verköstigt, viele Stunden waren verstrichen, alles in allem eine schöner Abend. Doch eine besondere Überraschung sollte noch auf mich warten. Kurz vor meiner Haustür bemerkte ich im Licht der Leuchtreklame etwas, dass aus der Hecke hervorragte. Es war noch einmal so hoch wie die Hecke selbst, wippte leicht mit den Windstößen und es wirkte als wolle es mich begrüßen. Es war ein Baum. Die Äste waren blätterbehangen und etwas langes hing an ihnen herunter. Es war eine Birke. Sie war gelb und blau geschmückt und ich ahnte, was dies zu bedeuten hatte. Liebevoll war der ganze Baum mit den liberalen Farben verziert und ein daran befestigtes Schild mit meinem Namen gab mir Gewissheit: er war für mich. Mein erster Maibaum. Meine JuLis-Vorstandskollegen Sylvia Laufenberg und Raphael Neugebauer hatten den Maibaum für mich aufgestellt. Mitten in der Nacht, am Rande der Stadt. Auch für eine Überraschung sind die Kölner immer gut, das weiß ich jetzt.

Auch als ich erfuhr, dass der Baum ursprünglich gar nicht für mich gedacht war, tat dies meiner Freude darüber keinen Abbruch. „Du bist Kölle“ lese ich immer häufiger und mit großer Freude auf Bierdeckeln, auf Leinwänden und im Internet und denke mir: „Stimmt, Kölsch sin mir jetzt, Kölsch blieve mir.“

✎_**Mike Pöhler**
Stellvertretender Vorsitzender
der Liberalen Hochschulgruppe

Anzeige

Barthelmeß.Görzel
Rechtsanwälte

Arbeits-, Wirtschafts- und Wettbewerbsrecht
50674 Köln · Luxemburger Str. 72 – Lofthaus
Nähe Barbarossaplatz
Telefon (0221) 9438160
www.lex-line.de

Butzweilerhof und IKEA nehmen Formen an

Die verkehrliche Erschließung rund um IKEA am Butzweilerhof nimmt Formen an. Eine der zur Zeit größten Straßenbaustellen in Köln macht große Fortschritte.

Im Dezember 2007 wurde mit den Arbeiten zur Erweiterung und verkehrlichen Erschließung im Gewerbe- und Medienpark Ossendorf begonnen. Rund 14.500 Quadratmeter bestehende Verkehrsflächen werden umgebaut, ungefähr die dreifache Fläche kommt neu hinzu.

Im einzelnen werden dort folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Der Umbau und die Verlegung der Autobahnanschlussstelle Köln-Longerich.
- der Neubau eines Kreisverkehrs am Lindweilerweg/Butzweilerstraße.
- der Neubau eines Kreisverkehrs an der Mathias-Brüggen-Straße/Von-Hünefeld-Straße.
- der Ausbau der Robert-Perthel-Straße einschließlich eines neuen Verkehrskreisels.
- Ausbau der Alten Escher Str., Butzweilerstrasse, Von-Hünefeld-Strasse und Militärring.

Die Maßnahmen wurden erforderlich nach dem Ratsbeschluss zur Ansiedlung von IKEA. Profitieren davon wird auch die Stiftung Butzweilerhof mit der restaurierten Abfertigungshalle des ehemaligen Flughafens und das neue Wohngebiet auf dem Butzweiterhof. Die Neu- und Ausbauten der Strassen sind so, dass das Wohngebiet am Lindweilerweg vom Durchgangsverkehr freigehalten wird. Das was beim Beschluss zu den Baumaßnahmen ein wichtiges Kriterium. Künftig wird die Hauptkreuzung nicht mehr Lindweilerweg/Militärring sein, sondern Alte Escher Str./Militärring; dieser Kreuzungsbereich ist schon gut zu erkennen.

Um dieses Gebiet auch mit dem ÖPNV gut anzubinden, laufen die Planungen zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 5 von Ossendorf bis zur Von-Hünefeld-Strassse auf vollen Touren. Bis zum Jahre 2011 sollen die drei Haltestellen fertig gestellt sein. Damit wird eine weitere Forderung der FDP aus den letzten Kommunalwahlkämpfen realisiert. Leider konnten wir eine Verlegung der AWB-Müllstation von der Butzweilerstrasse z.B. nach Niehl in die Nähe der Müllverbrennungsanlage nicht erreichen. Beschlossen wurde „nur“ eine Änderung der An- und Abfahrt. Allerdings gehen wir davon aus, dass diese Maßnahme nicht zur einer Entlastung der Verkehrssituation – vor allen Dingen an Samstagen, wo auch die meisten Kunden zu IKEA fahren werden – beitragen wird.

Nach Eröffnung der IKEA-Filiale wird sich zeigen, ob die vorgenommenen Veränderungen die Kundenströme bei IKEA „in die richtigen Bahnen“ lenken wird.

Umweltzone - Einbußen im Einzelhandel

Im Sommer hat die Stadtverwaltung erste Erfahrungen mit der Umweltzone in Köln vorgestellt. Im Prinzip ist bis jetzt nur herausgekommen, dass sich nichts verändert hat.

Für die Umwelt hat die Einführung der Umweltplakette offensichtlich noch nichts gebracht. Ich bezweifle nach wie vor, dass die Umweltzone das richtige Instrument ist, um die Belastungen in den Innenstädten zu verringern. Wir wissen alle, dass die PKW nicht mehr „die Stinker“ sind und alte Fahrzeuge ohnehin bald aus dem Verkehr gezogen werden.

Viel erschreckender ist, dass viele nicht nur aus dem sogenannten Umland nicht mehr in die Stadt kommen. Dies hat dazu geführt, dass die Kunden in den Geschäften in der Innenstadt ausbleiben und damit der Umsatz stagniert. Vor allen Dingen an Wochenenden – Freitag und Samstag – bleiben die „Umlandkunden“ aus. City-Marketing und Einzelhandelsverband haben dies in einer Pressemitteilung bestätigt. In verschiedenen Kölner Parkhäusern wurden danach pro Tag 300 bis 400 PKW weniger gezählt als vor Einführung der Umweltzone. Der Einzelhandel musste seine Planzahlen für 2008 auch aus diesem Grund bereits zurückschrauben.

Mein Fazit der Umweltzone ist bisher: keine bessere Luft, dafür aber weniger Umsatz im Einzelhandel. Somit ist die Umweltzone eine Gefahr für den Einkaufs- und Wirtschaftsstandort Köln und viele Arbeitsplätze in der Stadt.

Wir müssen uns mit allen Kräften bei EU und dem Bundesgesetzgeber darfür einsetzen, diesen Irrweg zu verlassen und lieber Begrünungsmaßnahmen zu fördern, die viel mehr für die Umwelt bringen.

✎_**Christtraut Kirchmeyer**
Verkehrspolitische Sprecherin
der Ratsfraktion

Die Staatssicherheit im neuen Gewand

Wenig beachtet von der Öffentlichkeit, entsteht derzeit am Sitz des Bundesverwaltungsamtes in Köln-Riehl eine zentrale Abhöreinrichtung von Polizei, Geheimdiensten und Verfassungsschutz. Dieses Horror-Projekt bietet für die FDP jedoch die Chance, das eigene Bürgerrechts-Profil zu schärfen.

Die Kulisse für den künftigen Abhörriesen auf Kölner Stadtgebiet ist bereits bestellt. „Gelände wird videoüberwacht!“ schreien zwei Schilder auf dem Vorhof des Bundesverwaltungsamtes an der Barbarastraße dem Passanten zur Begrüßung entgegen, der beabsichtigt, das weitläufige, mit roten Fliesen gepflasterte Gelände zu betreten. Rund 50 Meter von der Straße entfernt, etwa einhundert Meter Luftlinie von der Zentrale des Pressehauses M. DuMont Schauberg, erhebt sich der schroffe, elfstöckige 70er-Jahre-Klotz, der den Betrachter frösteln lässt. Auch das die vier Gebäudeflügel umgebende Grün lässt den einschüchternden Bau kaum in einem milderen Licht erscheinen. In diesem wird aller Voraussicht nach etwa ab Mitte 2009 das „Auge und Ohr des Überwachungsstaates“ Quartier beziehen.

Denn genau dann soll dort nach dem Willen von Innenminister Wolfgang Schäuble ein gemeinsames Abhörzentrum von Bund, Ländern und Geheimdiensten seine Arbeit aufnehmen. Während sich die Öffentlichkeit an Online-Durchsuchung und Vorratsdaten-Speicherung abarbeitete, wurden im Hintergrund die Planungen für den mindestens ebenso gravierenden Eingriff in die Bürgerrechte betrieben. Seit die Planungen erstmals Ende 2007 vom Magazin „Focus“ bekannt gemacht wurden, nimmt das Projekt immer konkretere Formen an.

Bisher sind die deutschen Überwachungs-Einrichtungen dezentral organisiert: Gegenwärtig unterhalten alle drei deutschen Geheimdienste – Bundesnachrichtendienst (BND), das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und der Militärische Abschirmdienst (MAD) – eigene Anlagen zur Telekommunikations-Überwachung (TKÜ); ebenso wie das Bundeskriminalamt und die Bundespolizei. Hinzu kommen die Einrichtungen auf Landesebene, etwa beim Landes-Verfassungsschutz; insgesamt gehen Schätzungen von über 75 verschiedenen Einheiten bundesweit aus. All diese sollen nun - nach Vorbild der US-amerikanischen National Security Agency und dem britischen Government Communication Headquarter - an Ort und Stelle zusammengelegt werden und die bestehenden Standorte ersetzen.

Trotz der sich abzeichnenden verfassungsrechtlichen Probleme – wie einer möglichen verdachtsunabhängigen Observierung von Bürgern, der fehlenden Trennung von Polizei und Geheimdiensten und einer mangelhaften Überwachung der Überwacher durch Kontrollgremien – ist unterdessen vom Unions-Koalitionspartner SPD (wie auch bei Schäubles vorherigen Projekten) erneut kein ernsthafter Widerstand zu erwarten: Deren innenpolitischer Appeasement-Spezialist Dieter Wiefelspütz erklärte gegenüber der „taz“, er halte ein gemeinsames Abhör-Kompetenzzentrum für dringend erforderlich, weil Polizei wie Geheimdienste “technisch endlich auf die Höhe der Zeit kommen” müssten. „Ich halte das Projekt einer Bündelung der technischen Möglichkeiten für die Telekommunikationsüberwachung für prinzipiell unproblematisch“, beschwichtigt auch Sebastian Edathy, der sozialdemokratische Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, im Mai 2008 gegenüber dem Kölner Stadt-Anzeiger.

Doch mit dem Abhörzentrum wird der entscheidende Teil des Abhör- und Überwachungsstaats verwirklicht: die Zusammenführung und Vernetzung des staatlichen Wissens über den einzelnen Bürger. Der Vergleich mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR wirkt auf den ersten Blick absurd, ist er jedoch nicht: Die zentrale Überwachung ist in der Lage, größere Datensätze über jeden Einwohner anzusammeln und arbeitet somit effektiver als dezentrale Stellen. Genau mit diesem Argument und mit dem geringerer Kosten wird auch offiziell argumentiert. Doch genau hier liegt die große Gefahr: Denn wie damals ist zu befürchten, dass eine räumlich eng zusammengeschlossene, technisch derart hochgerüstete und umfangreiche Behörde ein Eigenleben außerhalb öffentlicher und politischer Kontrolle mit „Allmachts-Phantasien“ entwickelt.

Was kann jedoch gegen das Vorhaben getan werden? Zunächst: recht wenig. Die Stadt Köln hat auf die Entscheidung eines Bundesministeriums, Kompetenzen in eine seiner Bundeseinrichtungen zu verlagern, welche zufällig innerhalb unserer Stadtgrenzen sitzt, herzlich wenig Einfluss. Und selbst wenn Wolfgang Schäuble eines Tages nicht mehr im Ministerium sitzen sollte, wird eine einmal geschaffene Einrichtung aller Wahrscheinlichkeit nach bestehen bleiben.

Doch für die FDP bietet sich, so erschreckend das Vorhaben für jeden freiheitlich Gesinnten auch immer ist, dennoch Chancen: Das politisch bisher weitgehend unbesetzte Thema ließe sich sowohl auf lokaler als auch bundesweiter Ebene thematisieren. Eine groß angelegte Kampagne sowie die gezielte Mobilisierung von Protest und Widerstand ist möglich – und auch angebracht, um das in letzter Zeit in der Öffentlichkeit etwas untergegangene bürgerrechtliche Profil der Liberalen mit neuem Leben zu füllen. Neue Allianzen, und damit Wählermilieus, könnten erschlossen werden: Viele Nichtregierungsorganisationen beschäftigen sich mit Datenschutz und Bürgerrechten; auch die Medien dürften für das Projekt leicht zu begeistern sein, da mit der Abhörzentrale künftig eine noch weiter gehende Ausspähung der Pressehäuser und Journalisten als bisher möglich wird. Statt zu resignieren, sollten wir also handeln – bevor wir auch diesmal das Feld den Grünen überlassen.

✎_**Bernd Schöneck**
Pressesprecher der Jungen Liberalen
Mitglied im JuLi-Kreisvorstand

FDP gegen „Anti-Islamisierungs-Kongress“

Am 28. August 2008 befasste sich der Kölner Rat mit dem sogenannten „Anti-Islamisierungskongress“, einem Treffen der europäischen Rechtsextremisten in Köln. Das vom 19. - 21. September 2008 stattgefundene Treffen hat weit über Deutschland hinweg für Schlagzeilen gesorgt. Für die FDP-Fraktion im Rat hat Fraktionsgeschäftsführer Ulrich Breite die Position der Kölner Liberalen zum Treffen der europäischen Rechten deutlich gemacht. Da aus dieser Rede immer wieder in überregionalen Zeitungen zitiert worden und für Mai 2009 der nächste „Anti-Islamierungs-Kongress“ angekündigt ist, druckt KölnLiberal die Ratsrede von Ulrich Breite ab.

„Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Rat der Stadt Köln muss sich heute leider mit einem äußerst unappetitlichen Sachverhalt beschäftigen: Im September soll in unserer Stadt ein Antiislamisierungskongress stattfinden. Es gibt nicht den geringsten Zweifel, dass es sich um ein Treffen von europäischen und deutschen Rechtsextremisten handelt.

Als Redner sind unter anderem vorgesehen der FN-Vorsitzende Jean-Marie Le Pen, der Vlaams-Belang-Fraktionsvorsitzende Filip Dewinter, der FPÖ-Chef H.C. Strache sowie Harald Neubauer, der auf Vorschlag der DVU auf Platz zwei der Landesliste der NPD Sachsen zur Bundestagswahl 2005 aufgestellt wurde. Letztgenannter soll anscheinend dafür sorgen, dass hier ein Schulterschluss mit den Neonazis zustande kommt.

Das ist beachtlich und besorgniserregend zugleich. Beachtlich ist, gerade Jean-Marie Le Pen und Herrn Neubauer einzuladen, weil sie politisch kompromittierend sind und auf die Kölner Bevölkerung abschreckend wirken werden. Besorgniserregend ist es, weil das Randale verspricht.

Selbst ernannter Einlader in die rheinische Metropole ist pro Köln, wir aber laden sie alle nun mit unserem Ratsbeschluss wieder aus. Die brauchen gar nicht erst ihre Koffer zu packen. Köln verweigert das Gastrecht. Die Herren Rechtsextremisten und Neonazis sind in Köln unerwünschte Personen. Köln lässt sich seinen guten Ruf als weltoffene und liberale Stadt nicht durch diese menschenrechtsverachtenden Sprücheklopfer besudeln, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Das wahrlich Überraschende an diesem Rechtsextremistenkongress bleibt aber, dass sich die Vereinigung pro Köln damit auf einen Schlag ihre bürgerliche Maskierung selbst vom Leibe reißt, wo sie doch sonst immer so darauf bedacht war, den bürgerlichen Schein zu wahren.

Wir Liberale haben schon die ganze Zeit darauf gewartet, wann diese Maske endlich fällt. Uns beschlich schon die Sorge, dass die das Kreidefressen bis zur Kommunalwahl durchhalten. Doch ein Markus Beisicht und ein Manfred Rouhs halten die Selbstverleugnung nicht lange durch. Dafür haben sie ein zu großes Sendungsbedürfnis für ihr rechtsextremes Gedankengut. Dafür hassen sie unser System der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu sehr. Das muss bei den beiden heraus. Die kriegen sonst vom bürgerlich-demokratischen Gestus Pickel, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Das ist nun vorbei. Die hässlichen Fratzen von rechtsextremem Gedankengut wie Rassismus, Nationalismus und Fremdenhass sind bei den Fraktionsträgern und Kandidaten von pro Köln von nun an sichtbar für jede Kölnerin und jeden Kölner. Nach

meiner Meinung – ich hoffe, auch der Rat hier ist mehrheitlich dieser Auffassung – sprechen keine Argumente mehr dafür, dass Sie, wie beim Moscheebau behauptet, für die Bürgerinnen und Bürger sprechen. Das, was hier passiert ist, ist eindeutig. Mit diesem Kongress stinkt pro Köln nach braunem Exkrement und ihre Politiker stinken mit. Pfui Teufel, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das Thema der angeblichen Islamisierung Westeuropas ist dabei nur der Aufhänger für eine Zusammenkunft der europäischen Rechtsextremisten und damit austauschbar. Es wurde nach einem verbindenden Element gesucht. Das fand man in der gemeinsamen Abneigung gegen Menschen mit islamischem Glauben. Wieder einmal wird ein Merkmal, hier die Religionszugehörigkeit, genutzt, um ganze Volksgruppen einer gesellschaftlichen Gemeinschaft von der gleichberechtigten Teilhabe auszuschließen und unter den Menschen eine Rangordnung zu etablieren.

Das Gewichten, Bewerten und Degradieren von Menschen nach bestimmten Merkmalen und kulturellen Eigenschaften hat bei Rechtsextremen Tradition. Wir Demokraten bezeichnen das als Rassismus. Zu den unveräußerlichen Grundrechten in unserem deutschen Grundgesetz gehört es, dass niemand wegen seiner Rasse, Volkszugehörigkeit, Religion und seines Geschlecht diskriminiert werden darf. Aus gutem Grund, wie der heutige Anlass zeigt, gehört die Religionsfreiheit mit dazu. Viel zu oft, gerade auch in der deutschen Geschichte, wurden Menschen wegen ihrer Religionszugehörigkeit ihrer Freiheitsrechte bis hin zu ihrem Lebensrecht beraubt.

Die politische Ausrichtung des Kongresses richtet sich somit nicht nur gegen die hier lebenden Menschen anderer Religionen wie dem Islam. Zielrichtung sind die in unserer und anderen europäischen Verfassungen verbrieften Grund- und Freiheitsrechte, die unterwandert werden sollen. Es geht darum, dem Einhalt zu gebieten. Diese Zielrichtung betrifft uns alle, alle Demokraten, und muss auf unseren erbitterten Widerstand stoßen. In Köln haben Rechtsextremisten und ihre menschenfeindliche Parolen keine Chance. Dafür stehen wir hoffentlich alle gemeinsam ein. Danke schön.“

- Es gilt das gesprochene Wort-

„Das gläserne Rathaus“ für „Köln baut“

Der Oberbürgermeister von Wetzlar und VLK-Vize Wolfram Dette überreicht „Das gläserne Rathaus“ an Ralph Sterck.

Die Idee

In Köln wird man derzeit allerorten mit Baustellen öffentlicher und privater Bauträger konfrontiert. Dies ist ein gutes Zeichen für eine in Veränderung befindliche und für Investoren attraktive Stadt. Außerdem bereichern die neuen Ansichten künftig das Stadtbild. Die damit einhergehenden Behinderungen sind leichter zu ertragen, wenn man weiß, was im Einzelnen gebaut wird und wie es aussieht, wenn es fertig ist.

Es gibt in Köln bereits viele dementsprechende Aktivitäten (Stadtmodell, Infobox im Rheinauhafen, koelnarchitektur.de …), aber es fehlt ein gezieltes Marketing unter einer Dachmarke, die die Angebote bündelt und einen leichten Überblick ermöglicht.

So fehlte z.B. ein Online-Portal, über das man sich über einzelne verlinkte Projekte informieren hätte können. Die Liberalen waren der Meinung, dass die Stadt die baulichen Aktivitäten für ihre Öffentlichkeitsarbeit nutzen und damit gleichzeitig alle Interessierten über die einzelnen Projekte informieren sollte.

Die Initiative

Im Oktober 2007 stellte die FDP-Fraktion im Rat der Stadt in diesem Sinnen einen Antrag, um eine entsprechende Informationskampagne zu initiieren, die vorhandenen Aktivitäten zu fokussieren und einem breiten Publikum innerhalb und außerhalb der Stadt zugänglich zu machen. Die Kölner Medien berichteten sehr ausführlich über diese Initiative. Darüber hinaus gab es aus der Bürgerschaft sehr positive Reaktionen. So unterstützte City-Marketing, ein Zusammenschluss von Kölner Unternehmern, in zwei Pressemitteilungen den FDP-Vorschlag.

Nachdem der Antrag im Stadtentwicklungsausschuss nicht beschlossen wurde, sondern von der Ausschussmehrheit aus SPD und Grünen in die Haushaltsplanberatungen verwiesen wurden, um ein weiteres Druckmittel zu haben, das die FDP zur Zustimmung zum Haushalt 2008 veranlassen sollte, nahmen die Liberalen das Projekt selbst in die Hand und begannen mit der Umsetzung.

Diese Aktivitäten wurden nun unter der Dachmarke ‚Köln baut’ gebündelt und verstärkt. Nachdem im Juni 2008 eine entsprechende städtische Initiative im Rat endgültig an CDU, SPD und Grünen scheiterte, bleibt es an den Liberalen, die Information der Bürgerschaft weiter fortzusetzen.

Der Erfolg

Beim Bundeskongress der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK) Anfang September in Ingolstadt wurde die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln für ihre Informationskampagne ‚Köln baut’ mit dem Preis ‚Das Liberale Rathaus’ ausgezeichnet. FDP-Fraktionschef Ralph Sterck, der Initiator der Kampagne ist, nahm den seit 1990 verliehenen Wanderpreis, eine ca. 30 cm große Glasskulptur der Euskirchener Künstlerin Martina Kepka, die eine stilisierte Stadtsilhouette zeigt, entgegen. Außerdem gab es einen Scheck über 1.250 EUR.

Die FDP-Köln hat nach wie vor Interesse, die Kampagne ‚Köln baut’ auf professionellere Beine zu stellen, weil damit natürlich eine noch stärkere Durchdringung möglich wird. Daher wird das Thema Teil des Kommunalwahlprogramms der Kölner Liberalen werden und wohlmöglich nach der KölnWahl im Juni 2009 bei Koalitionsgesprächen wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Wahlergebnisse der Kreiswahlversammlung

Auf der Kreiswahlversammlung der Kölner FDP am 29. November 2008 wurden die ersten 24 Plätze auf der Ratsliste zur Wahl des Rates der Stadt Köln am 7. Juni 2009 wie folgt gewählt:

1. Ralph Sterck
2. Yvonne Gebauer
3. Manfred Wolf
4. Christtraut Kirchmeyer
5. Marco Mendorf
6. Ulrich Breite
7. Mark-Stephen Pohl
8. Katja Hoyer
9. Volker Görzel
10. Dr. Ulrich Wackerhagen
11. Sylvia Laufenberg
12. Reinhard Houben
13. Dr. Rolf Albach
14. Marlis Pöttgen
15. Wout Nierhoff
16. Anselm Riddermann
17. Norbert Hilden
18. Ziya Cicek
19. Stephan Wieneritsch
20. Stefanie Ruffen
21. Bettina Houben
22. Dietmar Repgen
23. Dr. Eva-Marie Fiedler
24. Lorenz Deutsch

IMPRESSUM

KölnLiberal ist die Zeitschrift der FDP Köln

Chefredaktion Anselm Riddermann

Redaktion Thorsten Palicki, Ulrich Breite, Ralph Sterck, Volker Görzel, Raphael Neugebauer, Mike Pöhler, Sabine Schmitz, Dr. Klaus Wieners, Christtraut Kirchmeyer, Bernd Schöneck

Druck Häuser KG, Köln

FDP Köln · Frankenwerft 35 · 50667 Köln · T 0221 253725
F 0221 253726 · info@fdp-koeln.de · www.fdp-koeln.de